

<b>Protokoll:</b>	<b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	96
		<b>TOP:</b>	6
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	749/2016
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	05.12.2016		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Fezer		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Arbeitsmarktzulage Tarif+ für pädagogische Fachkräfte in Kindertagesstätten - weiteres Vorgehen -</b>		

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 05.10.2016, öffentlich, Nr. 396

Ergebnis: Zurückstellung

Verwaltungsausschuss vom 23.11.2016, öffentlich, Nr. 483

Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Mitteilungsvorlage des Referats Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht und des Referats Jugend und Bildung vom 17.11.2016, GRDRs 749/2016.

Die Anträge Nr. 387/2016 (90/GRÜNE, FDP) vom 30.11.2016, Nr. 388/2016 (SÖS-LINKE-PluS) vom 02.12.2016 und Nr. 389/2016 (SPD) vom 02.12.2016 sind dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

BMin Fezer geht auf die Historie der Arbeitsmarktzulage ein und berichtet, diese sei von vornherein als Auslaufmodell konzipiert worden. Der Tarif+ sei gut gelaufen und hätte gut funktioniert. Mittlerweile habe man sich dazu entschlossen, den alten Beschluss der Befristung der Zulage zu vollziehen und dies im Wesentlichen mit der Begründung, dass sich die tariflichen Gegebenheiten für die pädagogischen Fachkräfte in allen Ein-

richtungen in den letzten zwei Jahren deutlich verbessert hätten. Am Ende sei es die Entscheidung des Rates, wie mit dem Thema umgegangen werde, bemerkt die Vorsitzende.

StRin Ripsam (CDU) äußert, sie sei von einer Endgültigkeit der Arbeitsmarktzulage in diesem Sinne nicht ausgegangen. Es sei auch eine rückläufige Kinderzahl angenommen worden, die sich inzwischen anders entwickle. Bezogen auf den Antrag Nr. 387/2016 schlägt StRin Ripsam eine PiA-Anleiter/-innen-Pauschale vor. Um konkrete Zahlen zu den Ausbildungskapazitäten an Stuttgarter Fachschulen zu erhalten, bittet StRin Ripsam die Verwaltung um entsprechende Information, die die Vorsitzende zusagt. Weiterhin erkundigt sich StRin Ripsam nach den Rahmenbedingungen der freien Träger bei Ausweitung der Ausbildungskapazität auf zusätzliche 80 Stellen. Hierzu erwähnt Herr Schulze-Gronemeyer die Ausweitung könne nur erfolgen, wenn die zusätzlichen Stellen nicht auf den Stellenplan angerechnet würden. Zu dieser Variante bittet StRin Ripsam auch um weitere Modellrechnungen bis zum 21.12.2016. Auf eine Frage von StRin Ripsam antwortet Herr Dr. Holzwarth (HauptPersA), die Arbeitsmarktzulage sei für pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen des Jugendamtes und der freien Träger und werde in Höhe von 100 € monatlich für drei Jahre gewährt und im Anschluss abgeschmolzen. Wer im Jahr 2016 neu eingestellt worden sei, erhalte im Jahr 2017 auch 100 € monatlich. StRin Ripsam erbittet Modellrechnungen, was eine Fortführung des Tarif+ in unterschiedlichen Varianten kosten würde. BMin Fezer sagt entsprechende Modellrechnungen zu.

StR Lazaridis (90/GRÜNE) erwägt eine tarifgerechte Ausbildungspauschale und spricht sich erneut für PiA aus. Er möchte wie seine Vorrednerin mit den Modellrechnungen in der Fraktion die Arbeitsmarktzulage diskutieren und schauen, ob sich Kompromisse abzeichneten.

StRin Vowinkel (SPD) macht auf den Zeitdruck bei der Beschlussfassung aufmerksam und erinnert an das ursprünglich angekündigte Erscheinungsdatum der Vorlage. Im Personalbeirat sei andiskutiert worden, dass die Arbeitsmarktzulage als Überbrückung mit der Begründung diene, dass diese gezahlt werde, bis sich die tariflichen Gegebenheiten für die pädagogischen Fachkräfte in allen Einrichtungen verbessern würden. Die Arbeitsmarktzulage habe sich bewährt, und daher stehe es für sie außer Frage, diese weiterzuführen. Für die SPD-Gemeinderatsfraktion sei das Ziel, den Tarif+ als zusätzliche Leistung - auch für Neueingestellte - im Jahr 2017 in voller Höhe zu gewähren bis zu einer erneuten Diskussion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen. Außerdem bedürfe es einer Ortszulage für die schlechter bezahlten Berufsgruppen, meint StRin Vowinkel.

StR Walter (SÖS-LINKE-PluS) bezeichnet die Vorlage im Hinblick auf 200 unbesetzte Stellen und bei mehr als 3.000 fehlenden Kitaplätzen als "Armutszugnis". Der Tarif+ habe einen messbaren Erfolg herbeigeführt. Er habe die Arbeitsmarktzulage wie seine Vorrednerin nicht als Auslaufmodell verstanden, sondern sehe Tarif+ als Notwendigkeit - auch im Hinblick auf eine Wertschätzung der Erzieher/-innen. Die Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS beantragt, den Tarif+ im Jahr 2017 in voller Höhe weiter zu gewähren.

StRin von Stein (FW) erkundigt sich nach den tariflichen Verbesserungen für die pädagogischen Fachkräfte in den letzten zwei Jahren.

Auch StR Klingler (AfD) sieht den Tarif+ nicht als Auslaufmodell und schließt sich hierbei den Äußerungen von StR Walter an. Die Arbeitsmarktzulage sollte noch ein weiteres Jahr fortgeführt werden, um im Rahmen der Haushaltsplanberatungen erneut darüber zu debattieren.

Herr Wohlfahrt sieht die Arbeitsmarktzulage und deren Beibehaltung als Wertschätzung der Erzieher/-innen an. Für Herrn Schulze-Gronemeyer steigt durch den Tarif+ die Attraktivität der Arbeitsplätze in Stuttgart im Vergleich zum Umland an. Er würde daher die Zulage auch für die in 2017 neu eingestellten pädagogischen Fachkräfte begrüßen. Allerdings müsste die Zulage befristet sein, bis die Personalgewinnungsmaßnahmen in Gänze greifen würden.

Die Vorsitzende äußert sich zur Gemengelage der Motive und bemerkt, es sei richtig, dass in der Vergangenheit geäußert worden sei, man prüfe vor dem 31.12.2016, ob die Arbeitsmarktlage weiter den Einsatz des Instruments rechtfertige. Heute müsste festgestellt werden, dass sich das Instrument vor dem Hintergrund der weiterhin angespannten Arbeitsmarktlage bewährt habe. Die tariflichen Gegebenheiten hätten sich allerdings zwischenzeitlich verbessert und seien bemerkenswert. Bei den Gruppenleitungen mache dies eine Differenz von 79,06 € und bei den Zweitkräften im Gruppendienst eine Steigerung von 218,68 € aus. Vergleichbare Entgeltgruppen seien bei den Gruppenleitungen EG 9a und bei den Zweitkräften im Gruppendienst EG 8. Hierbei sei inzwischen ein gutes Niveau erreicht, resultiert die Vorsitzende. Aufgrund dieser erreichten Situation sollte der Tarif+ abgeschmolzen werden. Letztendlich müsse eine politische Entscheidung getroffen werden. Sie freue sich, sich innerhalb der Verwaltung erneut mit dem Thema zu befassen und dass die Entscheidung am 21.12.2016 auf einer noch besseren Grundlage getroffen werden könne.

BMin Fezer stellt im Rahmen der Vorberatung Einvernehmen darüber fest, die Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss auf den 21.12.2016 zu vertagen.

Die Verwaltung sagt zu, in den nächsten 14 Tagen Modellrechnungen vorzulegen, was eine Fortführung des "Tarif plus" in unterschiedlichen Varianten kosten würde.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

## Verteiler:

- I. Referat JB  
zur Weiterbehandlung  
Jugendamt (27)  
weg. VA
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. S/OB
  3. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  5. GPR (2)
  6. Rechnungsprüfungsamt
  7. L/OB-K
  8. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. AfD-Fraktion
  7. Gruppierung FDP
  8. Die STAdTISTEN